

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Anstreger vierteljährlich 3,98, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Textzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Montag, den 19. Mai 1919.

26. Jahrg.

## Die Annexion des Saarreviers.

Von Franz Pokerny, Saarbrücken, M. d. R.

Berlin, den 15. 5. 1919.

Einen Revanchekrieg haben die Franzosen ihren Eintritt in den Weltkrieg genannt. Für sie galt es, Elsass-Lothringen wieder zurückzuerobern. Dann aber, so ist es häufiger jenseits der Grenze ausgesprochen worden, sollte das Kriegsbeil französischerseits begraben werden und ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eintreten. Die Franzosen haben, noch ehe der Frieden in diesem Weltkrieg geschlossen ist, ihr Ziel erreicht. Und mehr noch. Sie gaben nach dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 ein kulturell-wirtschaftlich weniger entwickeltes Land ab und erhielten es als herrlich ausblühendes aufstrebendes Fleckchen Erde wieder zurück. Deutsche Kultur, deutsche Technik, deutsche Organisation hat Elsass-Lothringen in den letzten Jahrzehnten zu einem vornehmlich industriereichen Lande entwickelt. Textilindustrie stieg aufwärts, so auch die Maschinenmanufaktur, im Elsass entstand der Kalibergbau, in der Entwicklung rivalisierend mit dem gleichen Bergbau in Mitteldeutschland und gemeinschaftlich mit diesem ein Monopolstellung in der Welt innehaltend. In Lothringen wurde ein Steinkohlenschiefer nach dem andern abgeteufelt und an der französisch-luxemburgischen Grenze dehnte sich eine gewaltige Erz- und Hüttenwirtschaft aus. Elsass-Lothringen, das auch politisch freier ausgestaltet wurde, gab zu weitgehendsten Hoffnungen für die Zukunft Raum. Frankreich kann sich gratulieren, es hat hier eine reiche Ernte gemacht, es hat ein Land an sich gezogen, das unter einer Franzosenherrschaft nicht das geworden wäre, was es heute ist.

Elsass-Lothringen ist heute französisch. Man sollte meinen, diese Tatsache würde beim Abschluß des Weltkrieges in den Friedensbedingungen der Völker stark zum Ausdruck kommen. Deutschland hat sich mit der Hilfe der Annexion des schönen Landstriches abfinden müssen und es ist gewiß, daß dieser Verlust der Dinge bis heute keine Reparationshilfe bei uns hat aufkommen lassen. So wäre es geblieben, weil das neue Deutschland satt und genug an diesen Weltkrieg hat und keinen neuen Krieg mehr wünscht, der Sieger — Bestiegte auf lange Zeit hinaus erneut abdrückend beunruhigt. Frankreich erlebte die Genugtuung, in Deutschland keinen „Erzfeind“ gegen sich zu erwecken. An Gründen und Notwendigkeiten fehlte es auch nicht, daß beide Länder — Deutschland und Frankreich — in mehr als früher freundschaftlichem Verhältnis sich zusammenfinden konnten. Deutschland war bereit dazu, aber wie die Entwicklung zeigt — Frankreich will es nicht! Frankreich sieht sich in seinem Revanchegedanken mit der Annexion Elsass-Lothringens nicht gesättigt, es greift weiter aus und sucht weitere Landstriche Deutschlands an sich zu reißen, verfällt in dieselben Fehler, die es Deutschland seit 1870/71 vorgeworfen hat. Denn das, was die Friedensbedingungen der Entente über die Behandlung des Saargebietes und angrenzender deutscher Gegenden zu sagen haben, das ist nichts anderes als Sucht nach Gebietsvergrößerung, nach unrechtmäßiger Bereicherung auf Kosten Deutschlands. Frankreich ist mit seinen Forderungen, das Saargebiet betreffend, dahin gekommen, das Sehnen der Kulturvölker nach dauernden Frieden zu zerbrechen. Es häuft mit seinen Bestrebungen hier neuen Stoff zu zukünftigen Konflikten zwischen Völkern auf und daher kann die Kulturarmenheit nicht laut genug zum Protest gegen ein solch verbrecherisches Treiben aufgerufen werden.

Wie eine Infamie liest es sich, wie die französischen Imperialisten, um diese handelt es sich, weniger um das übrige Volk, durch diese Gebietsvergrößerungen ihre Pläne zu verwirklichen suchen. Man verlangt nicht die sofortige Eingliederung des Saargebietes an Frankreich, man kommt her, hält die militärische Besetzung aufrecht, macht die Bewohner politisch rechtlos, nimmt ihnen jeden Einfluß auf die Verwaltung, richtet französische Schulen ein usw. Das soll fünfzehn Jahre andauern. Inzwischen sieht man Franzosen im Saargebiet an und verfährt mit deutschen Bewohnern so, wie wir das schon seit der Besetzung gemöhnt sind. Wer den Franzosen nicht paßt, er mag gar nichts verbrochen haben, der wird verhaftet, gefangen gesetzt und über die Grenze geschoben. So ist es seit Kriegsausbruch in Elsass-Lothringen Hunderttausenden von Menschen ergangen und im Saarrevier ist der Teufel auch losgelassen worden. Die Nation, der die Rechte von den Menschen und Bürgerrechten sehr geläufig ist, tritt die parlamentarischen Rechte deutscher Abgeordneter mit Füßen, unterbindet ihnen, wie die Fälle der Abgeordneten Pokerny und Rehe zeigen, jede Agitation durch Verhaftung, Einkerkelung und späterer Ausweisung. Wie die Verbrecher sind sie mit Ketten gefesselt über die Grenze geschleppt worden, nachdem sie Wochen vorher in schmuckigen, verkleideten und ungeheißenen Zellen zubringen mußten. Kein Rechtsverfahren, keine Beweismittel, keine Zulassung zur Verteidigung. Es hiess einfach: „Deutsche Zivilbehörden und andere Kreise müssen, daß sie für die Dauer der Wahlbewegung sowohl von Deutschland entfernt werden, daß jede Verbindung mit den Wählern und Deutschland unmöglich ist.“ Dies war die Be-

grüpfung der beiden Abgeordneten durch die französische Militärverwaltung und erst nach Wochen, am Tage nach der Wahl wurden sie nach Rehl transportiert und durften, ohne daß ihnen Ausweisungsbefehle zugestellt wurden, bis heute ihre Wohnung und Familien nicht aufsuchen! Dem früheren nationalliberalen Abgeordneten Professor Herwig erging es nicht viel besser, und vielen anderen Herren auch nicht, unter ihnen sind Gymnasialdirektoren, Oberlehrer, Oberbürgermeister, Richter, Rechtsanwälte, Bergbeamte usw. Den französischen Gendarmen ist plausibel gemacht worden, daß es sich bei diesen Herrschaften um „Bolschewikis“ handelt, demgemäß richtet man die Behandlung der Verhafteten ein.

Ueberhaupt die französische Wirtschaft in den besetzten Gebieten! Verordnungen jagen sich täglich, kein Mensch findet sich mehr zurecht. Die Liebesleien weicher und schwarzer Soldaten mit deutschen Frauen und Mädchen arten zu den schlimmsten Bergewaltigungen aus. In den Bürgerquartieren legt es Orkan ab, ohne daß die Vermieter den Mund aufzutun wagen. Es mag während des Krieges anderwärts nicht besser ausgesehen haben, aber wir haben den Krieg selbst hinter uns und da sollte man von einer Nation, auf deren Souveränität schon die Devise Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit prunkt, schon etwas anderes erwarten. Viel Heße sich über die Behandlung und Ausnutzung der Gemeinden sagen, mehr interessiert uns aber an dieser Stelle die Haltung der Franzosen in der Arbeiterfrage. Als die Besetzung erfolgte, war die erste Leistung der Franzosen, die von der preussisch-hessischen Bergverwaltung bewilligte Achtstundenschicht wieder aufzuheben und die Bergarbeiter zum Verfahren längerer Arbeitszeiten zu zwingen. Die Nahrungsmittel sind nicht billiger, sondern teurer geworden, auch die von den Franzosen gelieferten, aber von einer Lohnserhöhung, die als Ausgleich zwischen Lohn und Preise angesehen werden könnte, ist keine Rede. Der Bergbau ist militarisiert, überall stehen Posten mit offener Bewaffnung, jeder gemeine Soldat ist als Vorgesetzter über jeden deutschen Zivilisten gesetzt worden. Wer sich bloß rührt, dessen warten die schwersten Strafen. Kein Wunder, wenn es während der Besetzungszeit im Bergbau und auch in anderen Industriezweigen, wo es nicht besser steht, zu großen Streiks kam. Der letzte Streik der Bergarbeiter, der beinahe 50 000 Köpfe auf den Saargruben zählte, dauerte 10 Tage, er endete so gut wie ergebnislos, weil die Bergarbeiter den Gewaltmaßnahmen der Franzosen nicht gewachsen waren. Hunderte von Familienväter hat man, wie sie gingen und standen, aufgegriffen und sie mittellos über die Grenze geschickt. So führt sich die französische Kultur in das Saarrevier ein.

Jetzt wollen die Franzosen die Bergwerke im Saargebiet auf 15 Jahre pachten, ohne Pachtgeld zu zahlen. Sind in dieser Zeit die Gruben nach allen Regeln der Kunst ausgezahlt, dann soll Deutschland das Recht erhalten, die Gruben zurückzukaufen zu können. Für einen Preis, den die Herren Franzosen diktieren. Verstehen sie die rationelle Ausnutzung der Betriebe nicht so, wie sie es wünschen, so haben sich die französischen Herrschaften das Recht vorbehalten, die deutschen gewalttätig angelegten Gruben an private Gesellschaften abzugeben. Und wenn die 15 Jahre vorüber sind und Deutschland kann, wie es in den Friedensbedingungen heißt, nicht innerhalb sechs Monaten die ihm gestellten Zahlungsbedingungen in gutem Gold aufbringen, dann wird das Gebiet — Frankreich gehören, dann wird Saarbrücken französisch!

Kein Wunder, wenn die Empörung im deutschen Volke hohe Wellen schlägt! Nirgends aber dürfte die Erregung größer sein als bei den gut deutsch denkenden Bewohnern im Saargebiet selbst. Sie spüren ja die Diktatur, die in Elsass-Lothringen selbst die bisher für Frankreich schwärmenden Bevölkerungsteile gegen die Franzosen aufgebraut hat. Wir werden ja erleben, wie die Saarbevölkerung sich der Bier Frankreichs gegenüber stellen wird: gegen die „Nachtig“ und gegen sonstige angestrebte Annexionen.

## Zum Friedensvertrag.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat bei dem Internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam den Antrag auf sofortige Einberufung der internationalen permanenten sozialistischen Kommission gestellt. Diese Kommission soll zu dem vorliegenden Entwurf des Friedensvertrages Stellung nehmen.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik erklärt, daß der Friedensvertrag in seiner gegenwärtigen Form unerfüllbar ist. Der Zentralrat hat die Absicht, demnächst eine Plenarsitzung des gesamten Zentralrats einzuberufen, damit dieser zu den Friedensbedingungen Stellung nehmen und die Frage der Einberufung des Rateskongresses endgültig entscheiden kann.

Der Vorstand der Radikalen und der Sozialistisch-radikalen Partei der Schweiz hat sich für die Ratifizierung ausgesprochen.

Es wurden aber Vorbehalte gegen angeblich ungenügender Entwurfung Deutschlands und zu schwacher Konstitution des Völkerbundes gemacht.

Die spanische Presse verhält sich gegenüber den Friedensbedingungen für Deutschland fast durchweg ablehnend. Das Organ der spanischen sozialistischen Partei spricht von einem Sklavenfrieden.

Die italienische parlamentarische Gruppe und der schäftsführende Ausschuß der sozialistischen Kammerfraktion erklären, daß die gegenwärtigen Ereignisse der internationalen Politik den Bankrott einer Ideologie bezeichnen, die lediglich die Illusion der ganzen Welt genährt hat. Die Partei weiß die öffentliche Meinung auf die immer klarer zutage tretende Unfähigkeit der herrschenden Klassen aller Länder hin, den Völkerfrieden zu verwirklichen. An die Labour Party sandte Turati ein Telegramm, in dem er sagt: Wir werden an Eurer Seite sein, wenn es sich darum handelt, in internationaler Gemeinschaft die Politik der kapitalistischen Regierungen zu verdammen und eine Aktion bezüglich der vollständigen und allgemeinen Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den arbeitenden Klassen in die Wege zu leiten in Uebereinstimmung mit den Zimmerwalder Grundfragen.

„Matin“ meldet, der Vierzerrat hat beschlossen, den Vertragsentwurf im Wortlaut nicht zu veröffentlichen und der französischen Presse zu verbieten, die Auszüge aus der deutschen Presse zu bringen.

### Neue deutsche Note.

Am 17. Mai ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, eine weitere das Saargebiet betreffende Note der deutschen Friedensdelegation übergeben worden. Die Note enthält Vor schläge deutscher Sachverständiger zur Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignete Mittel als die in dem Friedensentwurf vorgesehenen. Ferner wurde eine Note über die deutschen Missionen überreicht.

### Abgelehnte Begegnung mit Wilson.

Der „Daily Telegraph“ teilt mit, bevor Landsberg und Giesberts nach Berlin reisten, wurde der letzte verzweifelte Versuch gemacht, eine Begegnung mit Wilson herbeizuführen. Dieses Ersuchen wurde höflich und kalt abgelehnt, und damit waren die Deutschen zum erstenmal in die Lage versetzt, sich gänzlich klar über die Situation zu sein.

### Italien bei der Besetzung Schlesiens.

Nach dem „Secolo“ wird Italien bei der Besetzung Schlesiens während der Volksabstimmung durch ein Bataillon und zwei Kriegsschiffe vertreten sein.

### Der Friedensvertrag mit Oesterreich.

Informationen aus amerikanischer Quelle zufolge, sind die Friedensbedingungen der Alliierten für Oesterreich-Ungarn außerordentlich milde und unterscheiden sich im Geist wesentlich von denen, die Deutschland auferlegt worden sind. Die Bedingungen sollen sich ungefähr in folgendem Rahmen halten: 1. Anerkennung der Republik Oesterreich und der Republik Ungarn, 2. Verzicht beider Staaten auf die Einführung der Dienstpflicht, 3. Herausgabe der Munition und schweren Geschütze, 4. Schließung der Forts an den rumänischen Grenzspalten, 5. Umwandlung der Armeen in Polizeitruppen, 6. Stellung der Donauschiffahrt unter die Stellung des Völkerbundes, 7. Abtretung eines Teiles von Transilvanien an Rumänien und des Banats Temeswar an den südwestlichen Staat, 8. Abtretung Tirols an Italien, 9. Oesterreich erhält das Recht auf einen Zugang zum Meere und auf Mitbenutzung der Eisenbahnen und Docks in Trieste.

Die Alliierten haben beschlossen, die österreichische Handelsflotte mit zur Wiedergutmachung der Verluste zu verwenden die durch den Unterseeboottkrieg entstanden sind. Italien hat die Forderung erhoben, daß ihm alle Schiffe zugesprochen werden, deren Heimathafen Triest ist.

## Wissell über die wirtschaftliche Anebelung.

Im Friedensauschuß hielt Reichsminister Wissell eine größere Rede über die Wirkungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben. Er wies auf die Wilsonschen Punkte hin, die uns die Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, die mögliche Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die wirtschaftliche Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen zusicherten. Diese Grundsätze hätten uns ermöglicht, Unrecht wieder gutzumachen, wozu wir uns verpflichtet haben. Wir hätten dann mit aller Kraft arbeiten können und wären zu solcher Arbeit selbstverständlich auch bereit. Daß unsere Gegner den gewonnenen Krieg ausnutzen, daß sie bis zur Grenze des für uns noch eben Erträglichem gehen würden, war klar. Niemand konnte sich darüber täuschen, daß sie versuchen würden, das über Lebensnotwendige hinausgehende aus Deutschland herauszupressen. Niemand aber könnte denken, daß uns nicht einmal das zum Leben Notdürftige gelassen werden sollte. Und das geschieht. Nach dem Friedensvertrag sollen wir insgesamt 80 Millionen Tonnen liefern, die von 43,3 Millionen Tonnen im ersten Jahre bis auf 47,3 Millionen im fünfsten Jahre steigen und die in den weiteren fünf Jahren sich auf 35,8 Millionen Tonnen für das Jahr besitzern. Nach Abschluß der abgetretenen Gebiete verlieren wir nach der Forderung von 1913 berechnet 60,8 Millionen Tonnen Kohlen und



# Erberts Protest gegen den Gewaltfrieden.

Deutschland steht unzweifelhaft am Abgrunde, wenn der Friedensvertrag, den uns die Entente-Kapitalisten auferlegen wollen, beschuldigt wird. Die Gebietsbeschränkungen, die Reparationsverpflichtungen und die finanziellen Belastungen werden dem deutschen Volke nur allzu bald zeigen, wie raffiniert man auf der Gegenseite zu Werke geht, um ein Volk gründe zu richten. In solch schweren Zeiten ist es notwendig, der ganzen Welt zu zeigen, daß kein Einseitiger gewillt ist, sich ohne weiteres den Strich um den Hals legen zu lassen. Der Schrei an das Gewissen der Welt ist es, der allerorten erschallt, und den auch Libérés Bewahrer am Sonnabend in großen Demonstrationen unterstüzten. Nicht mehr mit dem Klischee der Barbaren, mit Kanonen und Schwert wollen wir versuchen, unser Recht zu erlangen — das wäre der Wahnsinn in Verneuerung, und der Versuch an sich schon unmöglich — sondern mit der Ueberzeugung, daß die Vernunft auch bei denen einzieht, die jetzt nur von niederem Haß durchtränkt sind. Denn letzten Endes wird sich, wie Genosse Stellung treffend sagte, das Wort Bonapartes herausstellen, daß Ideen zum Schluß noch immer stärker sind als Kanonen.

Auf dem Marktplatz hatte sich am Sonnabend gegen 4 Uhr die werltätige Bevölkerung versammelt. Eine riesige Menschenmenge strömte des Augenblicks, bis die Kirchenglocken verkündeten und

## Genosse Stellung

In schwingender Rede unsern drohenden Vernichtern den Spiegel vorhielt, in dem auch ihr zweites Ich, unsere eigenen Kriegsverbrechen, sich abzeichneten. Unser Redner wies auf die zum neuen Leben erwachte Natur hin, die zu genügen uns versagt sei, denn ein harter, schwerer Erdrückdruck lastet auf dem deutschen Volke. Ein Schanddokument, das man Friedensvertrag zu nennen wage, habe man uns präsentiert, dessen Inhalt überflüssig uns nach langen schweren Kriegsjahren aufs neue unerhörter Sorge und Pein. Manchen von uns sei aber auch die Jarnesader gekommen bei dem Gedanken, daß auch deutsche Menschen Schuld tragen an diesem greusen, lösen Elend, und daß noch nicht die Zeit für ihre Abrechnung gekommen sei. Noch sind wir gebunden, noch ist kein Friede, noch hängt die Blockadekette an unserm Land. Dem Kriege des Imperialismus folgt ein Friede des Imperialismus, der ein unheilvolles Volk macht und leiden läßt. Der Friedensvertrag ist für jeden Menschlichkeit, er zeigt die Faust des grausamen Siegers, der die Zerschmetterung Deutschlands als Ziel hat. Es ist ein Vertrag, der uns entzweit, ein Teil von Schleswig, viel mehr als Dänemark haben will, soll abgetrennt werden, Posen, Oberschlesien, der größte Teil Westpreußens, das ganze Land westlich der Weichsel, will man fornehmen, Danzig deutschem Einfluß entziehen. Das Saarbecken wird auf 15 Jahre genommen, um dann schließlich angeschlossen zu werden, wenn wir nicht bezahlen können. Bezahlen deshalb nicht, weil man uns das letzte 20-Mark-Stück abgerechnet hat. Große Gebiete bleiben besetzt bis wir den Vertrag erfüllt haben. Und erfüllen können wir ihn nicht. Auf Grund der Willkürlichen Bedingungen haben wir die Waffen gestreckt, und nachdem das geschah, wurde der schlimmste Verrat der Weltgeschichte an uns begangen.

Dem Selbstbestimmungsrecht ist nicht mehr die Rede, man nimmt uns die wertvollsten Gebiete, die Kornkammer Deutschlands, Bergwerke, blühende Industriezweige, 95 Proz. der Erzevorräte, Hunger, Elend, Arbeitslosigkeit werden die Folge sein, 5 Millionen Menschen werden von uns abgetrennt, 15 Millionen werden aus Mangel an Arbeit und verlassen müssen. Zahlen, die zum Himmel schreien. Nicht nur das, unachtcn Mengen an Rußland müssen wir abgeben, die Folgen davon werden für unsere Mütter und Kinder lächerlich sein. Nicht genug, daß wir über 2 Millionen Menschen im Kriege verloren haben, durch diese Maßnahmen werden tausende neue Opfer erkehen. Die finanziellen Lasten werden uns völlig niederdrücken. Unsere Kriegsverletzten, Kriegswitwen und -waisen dürfen wir nach dem Vertrag erst unterstützen, wenn wir die Opfer auf der andern Seite schadlos gehalten haben. Das wollen jene Herren, die vorgaben, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, 10 Millionen Tonnen Kohlen sind wir jährlich zu liefern verpflichtet, obwohl man uns das Saargebiet und die obersteilsten Bergwerke abnimmt. Das heißt, daß wir selbst hungern und leeren müssen und daß unsere Industrie lahmgelegt wird. Dann müssen wir 5 Jahre für die Entente Schiffe bauen, unser Handel wird unterbunden. Alle diese schändlichen Bestimmungen werden das Ende des Sozialismus und der deutschen Sozialpolitik in Deutschland bedeuten, werden Intellektuelle, Kaufleute, Angestellte und Arbeiter hilflos machen. Die Entente zeigt sich hier als Gesamtaktion des kapitalistischen Imperialismus, der die Fortschritte in Deutschland seit der Revolution niederrücken will.

Unsere Kriegsgefangenen hält man fort, wir sind gezwungen, zu ihrer Befreiung an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wir wollen sehen, ob man wirklich ein großes Volk von 60 Millionen des Hungers sterben lassen will und ob nicht die Vertreter der christlichen Nächstenliebe ihre Stimme zu unseren Gunsten erheben. Den Machthabern darüber müssen wir in die Ohren schreien, daß wir nie und nimmer mit diesem Friedensvertrag einverstanden sind. Ich schlage Synen folgende Resolution vor:

Am einen Frieden der Versöhnung und des Rechts auf Grund der 14 Punkte Wilsons zu schließen, legte das deutsche Volk im November 1918 die Waffen nieder, nachdem das militärische und monarchistische Deutschland zum Zusammenbruch war und das Volk die Herrschaft übernommen hatte. Das letzte Friedensangebot der Entente ist jedoch die schlimmste Vergewaltigung, die je einem Volke geboten wurde. In klammernder Empörung erheben wir dagegen Einspruch, daß Gebiete mit Millionen rein deutscher Bevölkerung angefragt unter fremde Herrschaft kommen sollen. Wir verlangen auch für das deutsche Volk die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Wir protestieren weiter dagegen, daß dem deutschen Volke wirtschaftliche Lasten auferlegt werden, die es selbst bei äußerster Kraftanstrengung nicht tragen kann, und daß ihm gleichzeitig durch ein raffiniertes Anordnungs-system jede Möglichkeit des wirtschaftlichen Aufbaues und der Entwicklung genommen wird. Das deutsche Volk ist bereit, alles durch die früheren Machthaber begangene Unrecht wieder gutzumachen. Deshalb fordern wir für uns die Möglichkeit freier Entwicklung unserer wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte in voller Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Die jetzigen Friedensbedingungen sind ein Hohn auf Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, sie sind für das deutsche Volk unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar. Ein Frieden nach diesen Bedingungen wäre ein Frieden gegen die deutschen Arbeiter, gegen den Sozialismus. Ein solcher Frieden kann kein dauernder Friede sein, sondern wird aufs neue Haß und Rachegefühle wecken und neue Kriegsgefahren in sich bergen. Wir fordern das deutsche Volk auf, einzig zusammenzutreten in dieser schwersten Zeit und rufen das Proletariat aller Länder auf, mit uns zu kämpfen gegen die imperialistischen Gewaltverhältnisse der Entente, für einen dauernden Rechtsfrieden.

Ein einziges Meer von Händen erhob sich. Genosse Stellung konnte die einstimmige Annahme feststellen. Möge die Stimme hinausdringen, ein Echo erwecken für Freiheit und Recht, und dem Sieger zeigen, daß, wie schon Napoleon Bonaparte sagte, Ideen zum Schluß immer stärker waren als Kanonen. Mögen sich die Gehege der Menschlichkeit bahnbrechen, mögen sie liegen und in Form und Gestalt zur Verwirklichung des Sozialismus führen. Unsere Arbeitsbrüder in allen Ländern müssen wir arbeiten im Sinne des Sozialismus, für die Befreiung der Menschheit. Treten Sie ein für einen wahren Völkerverbündeten, für einen Frieden des Rechts und der Menschlichkeit. Stimmen Sie ein in den Ruf: Der Völkerverbündete, völkerverbindende Sozialismus, er lebe hoch!

Gewaltig brachten die Stimmen über den historischen Platz unserer Hamakabot. Ichhaft reagen sich die Hände, um den Ausführungen unseres Genossen Beifall zu spenden. Bald darauf bröckelten die Reihen wieder musterhaft auseinander.

Auf dem Mühlentor-Brink hatten sich die Anhänger der demokratischen Partei und der deutsch-nationalen Volkspartei gemeinsam versammelt. Für die Demokraten sprach Herr Kroll. Er wies darauf hin, daß wir fast 5 Jahre das Kriegselend getragen hätten. Im Vertrauen auf die Einhaltung der 14 Punkte habe das deutsche Volk sich zum Frieden bereit erklärt. Dieser Friede enthalte aber nichts von diesen Punkten und sei daher unannehmbar. Unter den erdrückenden wirtschaftlichen Forderungen der Entente würden besonders die Arbeiter und das Bürgerum am meisten leiden. Wenn die Regierung nein sage, stehe das ganze Volk dahinter. Sage sie aber ja, so gingen wir dem größten Elend entgegen. Er schloß mit den Worten: „Sieher ist es Elend!“ — Von den Deutschnationalen sprach Herr Major Stavenhagen. Er ging davon aus, daß wir unheilbar die Waffen aus der Hand gelegt hätten, weil wir durch Hunger geschwächt waren. Es sei uns ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit verbrochen, nun wolle man uns um dieses Verbrechen betriegen. Das ließen wir uns niemals gefallen, wie wir uns auch die Zufriedenheit der Schuld an Kriege nicht gefallen ließen. Wir gingen nicht auf die Anklagebank wie Verbrecher. Unsere Ehre müsse auf alle Fälle gewahrt werden. Dieser Friede sei eine Kriegserklärung für alle Zeit. Das deutsche Volk würde erdrückt und zum Hungertode gezwungen. Unsere Handelsverträge, die Kolonien und die Kriegsgefangenen müssten herausgegeben werden. Keinesfalls Land geben wir nicht her. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Das ganze deutsche Volk sei gegen diesen Frieden der Gewalt und der Schmach. Niemals könne er angenommen werden. Mit der Abfassung des Friedens-Deutschland, Deutschland über alles! schloß diese Kundgebung.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Unabhängige und Friedensvertrag.

Unsere Unabhängigen treten schärfst für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein. Diese Selbstbestimmungsfragen ihre Gehörungsgegenstände aber nicht überall mit. Wie gemeldet, haben sie sich in Goidap und Seraburg dagegen ausgesprochen und jetzt wird aus Breslau berichtet, daß sich der Führer der ober-schlesischen Unabhängigen, Rechtsanwalt Eickhoff, für die Einigkeit aller Parteien im Protest gegen die Friedensbedingungen ausspricht. So einig sind sich also die Unabhängigen nicht. Uebrigens erhalten sie von ihren kommunistischen Freunden im Hanauer Organ einen derben Rastel. Dort heißt es:

Wie die Sozialdemokraten diesen Frieden verdient haben, so haben ihn die Unabhängigen — wir müssen dies offen aussprechen — verdollet. Diese Beschlüsse sind hart, aber durchaus begründet. Denn es war kein anderer, als der unabhängige Karl Kautsky, der in den Novembertagen seine ganze Selbstbestimmtheit aufwendend, am Einfließen zu überzeugen, ja nicht mit Rußland zu sympathisieren, sondern vielmehr mit der Entente zu liebengeln, um dadurch gute Friedensbedingungen zu erhandeln.

#### Ein Aufruf an die Landwirtschaft.

Das Reichsernährungsministerium erklärt an die deutschen Landwirte folgenden Aufruf, worin es sagt: Die Vorräte der letzten Ernte gehen zu Ende und von Tag zu Tag sind wir mehr auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Der Hunger soll uns zum Untertanen zwingen; um in dieser unheilbaren wirtschaftlichen Zwangslage zu helfen, muß Stadt und Land, sowie das ganze Volk zusammenstehen. Das Land muß mit der Tal vorangehen. Der letzte entscheidende Rest der notwendigen Nahrungsmittel ist zu liefern. Vor allem muß die Abfuhr von Fleisch, Milch, Fett und Kar-

toffeln reichlicher werden. Die lockenden Wucherpreise des Schleichhandels dürfen in diesen Stunden keinerlei Lebensmittel den ärmeren Schichten der Stadt entziehen.

#### Wiedereröffnung der Spandauer Betriebe.

Nach Uebernahme der Heereswerkstätten hat das Reichsjahrgang eine Hauptverwaltung der Reichsbetriebe eingerichtet. Zur Eröffnung der Spandauer Betriebe sind Arbeitsbedingungen aufgestellt worden, von deren Annahme die Wiedereröffnung der Arbeiter abhängig gemacht wird. Die Arbeitszeit ist auf wöchentlich 45 1/2 Stunden festgelegt; es wird eine idatische 3 1/2 - Kontrolle eingeführt. Die Lohnsätze bewegen sich zwischen 3,20 Mark pro Stunde für Handwerker und 2,10 Mark für ungelernete Arbeiter, für Frauen zwischen 1,92—1,14 Mark. Soweit irgendmöglich soll die Akkordarbeit durchgeführt werden. Grundlage der Betriebseröffnung ist Ordnung und Disziplin in den Fabriken. Angestellten- und Arbeiterausschüsse sind ehrenamtlich und sind bei Lohnunterschieden anzurufen.

#### Antifemistische Freie.

In Berlin machen sich seit längerer Zeit Erscheinungen bemerkbar, die auf ein neues Aufblühen einer starken antifemistischen Bewegung schließen lassen. Gleich nach Ausbruch der Revolution machten sich in gewissen nationalistischen Kreisen Bestrebungen geltend, die dahin gingen, die deutsche Niederlage den „Juden“ aufs Schuldhonto zu setzen. Diese Bewegung war zeitweise so stark, daß Juden oder auch Christen, die man für Juden hätte halten können, auf der Straße, der Straßenbahn in Eisenbahnzügen usw. wiederholt Angriffen ausgesetzt waren. Auch die Treiber einer gewisser Berliner Winkeltblätter laufen darauf hinaus, die Bevölkerung gegen die Juden aufzuheizen. Dem deutschen Volke könnte augenblicklich nichts mehr schaden, als ein Anwachsen dieser tödlichen Bewegung.

#### Zur Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Wie die V. B. N. an zuständiger Stelle erfahren, haben bisher 1030 verwundete und kranke deutsche Kriegsgefangene (Offiziere und Mannschaften) das amerikanische Lager Saint Pierre des Corps verlassen. 86 davon stammten aus dem besetzten Gebiet. Die Gesamtzahl der seit dem 5. April 1919 zurückgeführten deutschen Kriegsgefangenen steigt damit auf 90 Offiziere und 4250 Mannschaften.

#### Dänemark.

Der Reichstagsentwurf soll spätestens bis Neujahr 1920 obligatorisch durchgeführt werden. In Fachverbänden, wo man sich darüber einigt, kann das Gesetz sofort eingeführt werden.

#### Polen.

Entlassungsgeheuch Paderewski's. Paderewski hat seine Entlassung als Ministerpräsident gegeben; sie wurde vom Landtag nicht angenommen. Die Krise ist darauf zurückzuführen, daß der Landtag sich geweigert hat, das von Paderewski in Paris gegebene Versprechen zur Einstellung der polnischen Offensiven zu unterlassen.

#### Ungarn.

Geistliche Stellung der Budapest Regierung. Ueber die Lage in Ungarn erfahren die V. B. N., daß die Käteregierung weiter mit dem Ausbau des kommunalistischen Staates beschäftigt ist. Die wirtschaftliche Lage ist sehr schwierig, da alle Vorräte, insbesondere aber die an Kleibern und Lebensmitteln außerordentlich knapp sind. Eine finanzielle Katastrophe droht dem Lande durch die Herausgabe neuer 200- und 25-Kronen-Scheine, die bei allen Beamten und bei den Banken als Zahlungsmittel ausgegeben, vom Privatverkehr aber trotz der Strafandrohungen abgelehnt werden. Den Mobilisierungsbefehlen wird nur ungerne Folge geleistet. Seit dem 15. sind sämtliche bürgerliche Zeitungen eingestellt, eine Ausnahme bildet nur der Pesther Abend, der als Organ der Käterepublik fortbesteht.

#### Frankreich.

Für den Wölkherhaß. Im französischen Senat wurde befohlen, einen Teil der Bewilligungen im zerstörten Gebiet im jetzigen Zukunde zu beschließen, um der Schulden die Folgen des Krieges und die Grausamkeit der Völkherhaß ständig vor Augen zu führen.

Revolutionäre Strömungen. Der Landeshaupt der Eisenbahnen nahm eine scharfe Resolution an, in der es heißt: Der Kongress sendet brüderliche Grüße an alle Revolutionäre in Rußland, Ungarn und Deutschland. Er fordert die Beilegung der bürgerlichen Regierungen in allen Ländern, die Zurückziehung der französischen Truppen aus Rußland, die Nationalisierung der Eisenbahnen und den Achtstundentag.

#### Türkei.

Das Ende der Türkei. „Telegraph“ meldet aus Paris: Man erblickt allgemein in der Besetzung von Smyrna durch die Alliierten die Ankündigung des Endes der Türkei. In den Kreisen der Friedenskonferenz wird erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einigen Wochen, vielleicht auch Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgegeben haben. Die Türkei läßt sich nicht die Verhöhnung der Bedingungen zu. Bisher sei nur gesagt worden, daß die europäische Türkei zum Teil an Griechenland fallen werde, während der übrige Teil den freien internationalen Staat Konstantinopel bilden werde. Der armenische Staat werde unter das Protektorat Amerikas kommen, Kleinasien werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflusssphäre in Mesopotamien.

#### Japan.

Länderjucht. Der japanische Sonderberichterstatter der „Times“ berichtet aus Japan, daß letzteres augenblicklich mit seiner Flotte alle Stationen in den ozeanischen Gewässern besetzt habe, auf die es Anspruch macht. Man droht den Verbündeten, Japan werde Gewalt anwenden, wenn man ihm seine auf Grund der mit China gemachten Verträge erworbenen Rechte schmälern wolle.

## Aus Ebert und den Raubgebieten.

Montag, 19. Mai.

Das Miet-Einigungsamt schreibt: Durch Verordnung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung ist das Einigungsamt neuerdings wieder ermächtigt worden, auf einseitigen Antrag eines Mieters oder Vermieters für eine bestimmte Zeit nach dem Tarif einen angemessenen Mietzins für eine Mietwohnung festzusetzen und zwar in der Weise, daß nach erfolgter Festsetzung durch das Einigungsamt der Vermieter keinen höheren Mietzins verlangen oder sich zahlen lassen darf. Die Ver-

es würden uns also nur rund 130,7 Millionen Tonnen verbleiben. Eine Steigerung der Kohlenförderung durch vergrößerte Belegungen ist ohne weiteres nicht denkbar. Durch die Abnutzung der von uns geforderten landwirtschaftlich benutzten Flächen würden wir etwa 25 Prozent verlieren. Von unseren Staatswaldungen werden nicht weniger als 547 000 Hektar im Werte von fast 3 Milliarden Goldmark geordert. In jenseitigen Waldungen 1 Million Hektar im Werte von 3 1/2 Milliarden Goldmark. Durch Volksabstimmung können uns weiter entzogen werden 412 669 Hektar im Werte von 1,7 Milliarden Goldmark. Wästel erörterte weiter die die deutsche See- und Luftschiffahrt sowie den Schiffsbau betreffenden vernichtenden Bestimmungen. Alle diese Verpflichtungen aber stellen nur einen kleinen Teil dessen dar, was Deutschland in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht an die Gegner leisten soll. Man fordert 20 Milliarden Gold und weitere 40 Milliarden Mark Gold in Schuldverschreibungen. Doch damit nicht genug. Sobald eine internationalisierte Kommission für die Niedrigtunmachung, in der Deutschland nicht vertreten ist, die Ueberzeugung gewinnt, daß Deutschland die Zinsen und Tilgungszinsen für weitere 40 Milliarden Jahre anzubringen kann, sollen auch dafür Schuldverschreibungen ausgeben werden. Die Forderung dieser Schuld soll erfolgen ohne Rücksicht auf die Verpflichtungen, die wir im Innern zu erfüllen haben. Wir werden unter den größten Steuerlasten leben müssen, die je ein Volk getragen hat. Die Nichtzahlung der Zinsen der Kriegsanleihe würde unheilvolle keine Reuter, Witwen und Arbeiter ihrer Spargroschen berauben, und es würde sich eine derartige soziale Verzweiflung fast aller Kreise bemächtigen, daß neue Kämpfe und höhere Ernteterrenge züheres Wirtschaftens uns an den Rand des Abgrundes brächten.

Das, was uns die Entente an Bedingungen auferlegt, das kann kein Volk erfüllen. Solche Bedingungen stellen zu erfüllen, kann sich niemand verpflichten. Sie sind die wirtschaftliche Ermüdung Deutschlands, in die zu billigen ein Verbrechen wäre zu Rind und Rindfleisch.



Ordnung bestimmt weiter, daß auf das Recht des Einigungsamts zur Festlegung eines angemessenen Mietzinses anzuwenden, nicht veräußert werden darf und das Mietzins im Sinne dieser Verordnung auch der Unterkrafter ist. Der Erfolg einer solchen Verordnung liegt nicht länger ungewiß, da infolge übermäßiger Steigerungen der Mietzinsen durch eine Reihe von Hauswirten, die nicht genügend die augenblicklichen Verhältnisse in Rücksicht geogen haben, eine gewisse Unruhe in die Bevölkerung gebracht ist, die augenblicklich den Interessen des Wiedererkaufes der Wirtschaft überaus wichtig ist. Durch das Verfahren vor dem Einigungsamt ist gewährleistet, daß zwar berechtigte Ansprüche auf Erhöhung des Mietzinses nach wie vor anerkannt, unbedingte aber keine Aussicht auf Erfolg haben werden, falls der Mieter nicht freiwillig bereit ist, sie zu befreiden. Eine ähnliche Bestimmung wie für die Festlegung des Mietzinses von Mietswohnungen trifft die Verordnung auch für die Festlegung eines angemessenen Pachtzinses für Bodenflächen, die zur landwirtschaftlichen Bearbeitung verpachtet sind. In der letzten Zeit sind nämlich häufig Klagen zu Ohren des Staatskommissars für die wirtschaftliche Vermögensverwaltung gelangt des Inhalts, daß die Verpächter von kleineren Landflächen, d. h. solchen, die nicht größer als 3000 Quadratmeter und hauptsächlich Angehörigen des erwerbstätigen Standes verpachtet sind, die hier Kartoffeln und Gemüse für den Hausbedarf bauen, die Pachtzinsen unter Ausnutzung der gegenwärtigen Lage nicht zu rechtfertigender Weise gesteigert haben, sodaß auch hier Unruhe in die Bevölkerung gebracht ist. Die Voraussetzungen für diese Bestimmung sind also die gleichen, wie für die oben genannte Bestimmung betr. Mietzinsfestlegung. Selbstverständlich ist das Einigungsamt nicht die geeignete Stelle, darüber zu entscheiden, welches ein angemessener Pachtzins für gepachtetes Land ist. Aus diesem Grunde ist zur Entscheidung über diese Fragen aus dem Pachtrecht nicht das Einigungsamt, sondern der landwirtschaftliche Ausschuss bei dem Staatskommissar für landwirtschaftliche Vermögensverwaltung für zuständig erklärt worden. Anträge auf Festlegung von Miet- oder Pachtzinsen sind jedoch in allen Fällen schriftlich oder mündlich beim Einigungsamt Unterstraße 104, Zimmer 33, vormittags zwischen 10 und 1 Uhr anzubringen.

**Das Reichswanderungsamt schreibt:** Die Zuständigkeit der zur Regelung der Rückwanderung und Auswanderung von Reichsdeutschen und von deutschstämmigen Ausländern durch Erlass des Reichsanzalters vom 30. Mai 1918 errichteten Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle) ist auf die Regelung der Einwanderung Reichsdeutscher sowie von deutschstämmigen und deutschsprachigen Ausländern unter Verwendung des Namens in Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsamt) ausgedehnt. Damit ist dem Reichswanderungsamt auch die Regelung der allgemeinen Fürsorge für die aus dem Ausland dauernd oder vorübergehend ins Mutterland heimkehrenden Deutschen, früheren Deutschen und von deutschen Eltern abstammenden oder zur deutschen Kulturgemeinschaft gehörenden Ausländer übertragen, soweit solche nicht für einzelne Fürsorgezweige bereits anderen Reichsdienststellen (Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen, hinsichtlich der Regelung der Kriegsschäden, Reichszentrale für Kriegs- und Zivilisierungen, hinsichtlich der Regelung der Fürsorge für heimkehrende Deutsche aus Kriegsgefangenschaft oder Zivilinternierung) angewiesen ist. Die Geschäftsstelle des Reichswanderungsamts befinden sich in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71.

**Baldige Abschaffung der Fahrzeulautnisse.** Nach einer Presse-meldung ist vom Minister der öffentlichen Arbeiten in Berlin auf eine Beschwerde folgendes erklärt worden: Die Verhältnisse der betrieblichen Lage in den einzelnen Eisenbahndirektionen verbietet eine vollständige gleichmäßige Durchführung des Fahrzeulautnisverfahrens. Den Direktionen hat ein gewisses Spielraum gelassen werden müssen, um die Zulassung zur Reise der jeweiligen Beförderungsmöglichkeit anpassen zu können. Soweit angängig, ist eine einheitliche Regelung des Verfahrens angeordnet. Weiterhin wird, wenn nicht besondere Umstände eintreten, mit der Aufhebung des Reiseautnisverfahrens im Zusammenhang vor Eintritt der Hauptreisezeit gerechnet werden.

**Zur Wohnungsfrage erfahren wir vom Wohlfahrtsamt.** Mitteilung Wohnungsnotstands: Die Lage des Wohnungsmarktes läßt im verflossenen Monat eine geringe Besserung zur Besserung erkennen. Zwar ist die Zahl der Wohnungsuchenden gegen den Vormonat weiter um 50 Prozent gewachsen, gleichzeitig ist aber auch die Anzahl der Wohnungsangebote in derselben Zeit um 150 Prozent gestiegen. Schon jetzt macht sich ein bedenklicher Mangel an mittleren Wohnungen fühlbar. Die Nachfrage nach Kleinvohnungen ist nach wie vor groß, doch ist zu hoffen, daß nach Fertigstellung der von staatlicher und privater Seite in Angriff genommenen zahlreichen Kleinwohnungsbauprojekte noch vor Eintritt des Winters hier eine merkliche Besserung eintritt.

**Körperliche Erziehung der jungen Kaufleute.** Die Handelskammer richtet an alle Prinzipale die Aufforderung, ihre jungen kaufmännischen Angestellten und Lehrlinge auf die Bedeutung körperlicher Übungen aufmerksam zu machen und ihnen zu diesem Zwecke die Beiträge der hiesigen Turnvereine zu empfehlen. Das deutsche Turnen erzieht seine Anhänger zu starker Selbsttätigkeit, körperlicher Ausdauer und Leistungsfähigkeit. Die Turnvereine Lübecks geben hierzu Gelegenheit an ihren Turn- und Spielabenden; sie bemühen sich auch, durch Wanderungen an den Sonntagen und durch gute geistige Anregungen in geselligen Veranstaltungen ihre Mitglieder körperlich und geistig für ihren Beruf tauglich zu machen. Gesunde körperliche Übungen sind eines der wichtigsten Mittel, die Leistungsfähigkeit der kaufmännischen Jugend zu erhöhen.

**Das Einigungsamt des Lübeckischen Detailisten-Vereins hat nach einer durch den Fortzug seines bisherigen Geschäftsführers bedingten Unterbrechung nunmehr seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Geschäftsführung ist Herrn Alfred Propp übertragen. Die Geschäftsstelle befindet sich Schulhofstraße Nr. 18. Die Bedingungen, unter denen das Einigungsamt die Einziehung ausstehender Forderungen übernimmt, sind unverändert geblieben. Auch Nichtmitgliedern des Vereins steht die Inanspruchnahme des Einigungsamtes frei.**

**Verhüllung von deutschen Waren ins Ausland.** Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung und Ueberseetraktat ist Verhüllung von Waren deutscher und österreichisch-ungarischer Herkunft nach allen Häfen außer England und englischer Kolonien freigegeben. In britischen Häfen einschließlich Kolonien ist aber Umladung nach anderen Ländern gestattet. Hierfür ist Zertifizierung englischer Konsuls in Amsterdam oder Rotterdam vorzulegen. Es steht allerdings noch nicht fest, ob bisher feindliche Ueberseetraktate beispielsweise Vereinigte Staaten, Brasilien oder China, Einfuhr deutscher Waren zulassen, so daß Dampfschiffahrtsgesellschaften hiervon Annahme zur Beförderung vielleicht noch abhängig machen. Nach Ueberseetraktaten neutralen Ländern und niederländischen Kolonien, von denen die letzteren besonders an deutschen Maschinen, Feldbahnen, elektrischen Artikeln außerordentlich großen Bedarf haben, kann Verhüllung aber ohne weiteres erfolgen. Es müssen hierfür nur die gleichen Papiere beigebracht werden, wie sie auch vor Kriegsausbruch gefordert wurden. Die für Uebersee bestimmten Waren müssen in Transit in Holland eingebracht werden, da sonst erst die mit Schwierigkeiten, Zeitverlust und Kosten verbundene Ausfuhrerlaubnis der Niederländischen Regierung (Exportzentrale) eingeholt werden muß. Ueberseetraktat hat übrigens best. daß schwarze, graue und gefärbte Linsen Englands und Frankreichs aufgehoben sind, während Mitteilung Belgians, und Amerikas noch vorliegt.

Herr Direktor Sallan jendet uns heute eine lange Erwiderung auf den Artikel vom Sonnabend, die wir morgen zum Ausdruck bringen. Herr Sallan wurde heute in einem Auto polizeilich von seinem Hause abgeholt. Diese Maßnahme wurde wegen seiner persönlichen Sicherheit vorgenommen, da sich eine große Volksmenge dort angesammelt hatte. Wie wir hören, hat Herr

eine Deputation der Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft mit einem Antrag an den Senat gewandt, worin die Verhaftung des Herrn Sallan gefordert wird.

Ein Lübecker Kaufmann ereignete sich am Sonnabend vormittag beim Abbruch des zweiten Hochovens auf dem Hochofenwerk. Infolge eines Windstoßes fiel eine nicht befestigte eiserne Platte im Gewicht von etwa 90 Pfund dem Arbeiter Meier auf den Kopf, wodurch der Tod sofort eintrat. Gleich nach diesem Unfall wurden die übrigen Platten befestigt.

**Donnerstheater.** Im Hanftheater begann unter Leitung von Direktor Baumgarten am Sonnabend die Sommerfestzeit. Die neue Künstlergilde hat sich in einem ersten Schauspiel eingeführt und gezeigt, daß sie aus guten Kräften zusammengesetzt ist. Auf Anregung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten wurden „Die Schiffbrüchigen“ von Eugen Brieux aufgeführt. Nach dem langen Kriege mit seinen nachhergehenden Folgen auf fernem Gebiete gewiß ein zeitgemäßes Unternehmen. Der Franzose kennt die ungeheuren Folgen der Hungerkatastrophen im eigenen Lande, und wir Deutschen dürfen die Augen nicht davor zu schließen. Hier wie bei allem ist die erste Bedingung: aufrichtiges und vorwegenes Brieux Werk ist eine ernste große Besucher einen nachhaltigen Eindruck, der am Sonnabend durch die lobenswerte Uebersetzung noch erhöht wurde. Herr Lenar als Dupont (Herr Claasen) und dessen Mutter (Frau Frisch) sowie dem Schwelger (Herr Doh), die ihre Aufgaben bestens erfüllten. Hr. Lehmann war ein nettes neuchadenes Fräulein, die Amme (Hr. Casse) gab sich ganz resolut und auch Hr. Hansing als Prostituierte wußte ihre Rolle mit Geschäftigkeit zu spielen. Die übrigen Mitwirkenden standen den angeführten Künstler nicht nach.

**Im Sankta-Theater** abt es heute „Die Schiffbrüchigen“. Am Dienstag abend 7 Uhr wird das soziale Drama „Schuldige“ unter Mitwirkung von Gise Stolterfoth gegeben. Vorquasarten haben Gültigkeit. Mittwoch werden die „Schiffbrüchigen“ wieder aufgeführt.

**Julus Hermann** ist es heute „Die Schiffbrüchigen“. Am Dienstag abend 7 Uhr wird das soziale Drama „Schuldige“ unter Mitwirkung von Gise Stolterfoth gegeben. Vorquasarten haben Gültigkeit. Mittwoch werden die „Schiffbrüchigen“ wieder aufgeführt.

**Diebstahl.** Am 17. ds. Mts. wurden in Bramfeld eine 1,75 Meter hohe schneidharte Kuchstute mit weissem Stern und einer 4-jährigen dunkelbraunen Stute, die am Körper mehrere Bismunden aufwies, von der Weide gestohlen. Am 18. ds. Mts. sind von einem Bauplatz in der Kerkringstraße 120 schneidharte Bretter, von 4 Meter Länge, 10 Zentimeter Breite und 2 Zentimeter Stärke gestohlen worden.

**Stadelsdorf.** Eine mächtig besuchte Mitteilerversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Sonnabend abend statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Genossen A. Naumann durch Erheben von den Sitten geehrt. Ausgeschlossen sind 15 Genossen und Genossinnen. Ab dann wurde die Tagesordnung so der am 1. Juni in Schardau stattfindenden Generalversammlung durchberaten. Folgender Antrag der durch die Generalversammlung an den deutschen Parteitag gehen soll, fand Annahme: Der deutsche Parteitag wolle auf die Regierung einwirken, daß die militärischen Freiwilligenverbände aufgelöst werden, weil hierin eine Gefahr für die Revolution erblickt wird und eine Wehr nach Schweizer Muster zu bilden sei. Ein anderer Antrag, daß der Zentralvorstand baldmöglichst eine Gemeindevortreter-Konferenz einberufen soll, wurde ebenfalls angenommen. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, daß die ausgeschriebene Extraktur von 1 März für männliche Mitglieder baldigst einzuführen sei. Die Genossinnen protestierten dagegen, daß sie von diesem Extraktbeitrag ausgeschlossen seien. Die anwesenden Frauen erklärten, auch sie wollten ihr Teil dazu mit beitragen. Vom Vorstandsstiche wurde erklärt, daß dem nichts im Wege stünde. Als Delegierte wurden zur Generalversammlung gewählt: S. St. H. Herm. Giesch und Frau Evers. Im Verschiedenen wurde noch der Kartellbericht gegeben.

**Hamburg.** Gegen die Friedensbedingungen, die Hamburg besonders hart treffen, wendet sich in einem Protest an den Präsidenten des Reichsministeriums der Senat. Wir geben aus diesem Schreiben einiges wieder: Der von der Entente vorgelegte Friedensvertrag enthält die Forderungen, daß die Elbe und ebenso die Oder durch internationale Kommissionen, in denen die Vertreter der feindlichen Staaten die Mehrheit haben, vermarktet werden, und daß dem tschechoslowakischen Staat in Hamburg eine Freizone auf 39 Jahre paßweise zu einem in der Mehrheit von Vertretern der feindlichen Staaten festzulegenden Recht vorläufig überlassen werden solle. Die Entente fordert überdies die

**Uebergabe eines Teiles der Elbflöße und Schoner.** sowie des Materials jeder Art zur Ausnutzung der deutschen Flüsse, und wird somit offenbar auf diesen an Stelle der bisherigen deutschen Unternehmer selbst den Verkehr betreiben. Durch diese Mittel soll die Verbindung Hamburgs mit dem Meere und die wichtigste Verbindungslinie mit seinem Hinterlande dauernd unter die Aufsicht und den Einfluß der Feinde Deutschlands gebracht werden. Den deutschen Staaten würde das Recht genommen sein, die notwendigen Strom- und Hafenanlagen selbst zu bestimmen. Dadurch würde insbesondere Hamburg schwer getroffen werden, weil es für seinen Handel und seine Schifffahrt ein Lebensinteresse bildet, daß seine Strom- und Hafenanlagen und seine Verbindung mit dem Meere dauernd von ihm selber oder unter seiner Mitwirkung in dem gebotenen Zustande erhalten und nötigenfalls erweitert und verbessert werden. Es würde den Feinden Deutschlands die Handhabe gegeben werden, das Wiedererleben des hamburgischen Handels zu unterdrücken und den über Hamburg, den wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands für vollständigem Einfuhr- und Ausfuhrverkehr des weiten über das Gebiet der Elbe und Ober bis zur Weichsel sich erstreckenden hamburgischen Hinterlandes mit dem Auslande in die Hand von Angehörigen des feindlichen Auslandes zu bringen. Gegen diese auf die Verdrängung des eigenen Einfuhr- und Ausfuhrhandels Hamburgs abzielenden Gewaltmaßnahmen der Entente wird hamburgischerseits nachdrücklich Widerspruch erhoben. Diese Forderungen bedeuten einen schärften Eingriff in die Selbständigkeit des deutschen Volkes und ein Unrecht schwerer Art gegen dringende Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. — Der Verkehr auf der Elbe sowie im Hamburger Freizone ist bisher allen Schiffen, ganz gleich welcher Herkunft, unter schiedlos gewährt worden. Auch die Benutzung der Anlagen und Einrichtungen des Freihafens hat allen Schiffen freigestanden. Es liegt deshalb auch nicht der mindeste Anlaß vor, für den tschechoslowakischen Staat ein besonderes Gelände herzugeben. Die Forderungen der Entente haben die Vergeßlichkeit des deutschen Außenhandels zum Ziele, ohne welchen das deutsche Volk nicht bestehen kann, das auf die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Auslande und den Abfuhr von Erzeugnissen seines Gewerbestandes nach dem Auslande angewiesen ist, und dessen Not nur noch gesteigert werden wird, wenn die Feinde das deutsche Land als Abzugsgebiet ihrer Industrieerzeugnisse auszuwerten suchen werden. — Grob-Hamburg in Aussicht! In der gestrigen Sitzung der Bürgerstadt wurde ein Schreiben des Senats verlesen, das über die Verhandlungen betreffend Anschluß preussischen Gebietes an Hamburg berichtete. Man rechnet mit einem Zusammenstoß von Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg usw.

**Neukreuz.** Nach bürgerlichen Blättermeldungen ist die Reorganisation gelöst. Gen. Krüger und Herr Rechtsanwalt Sauerwein sollen zu Regierungsmitgliedern ernannt sein. Die Demokraten haben sich von den übrigen Bürgerlichen getrennt. Es soll eine eigene demokratische Fraktion gebildet werden, um mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen.

### Arbeiter-Bildungsweisen.

Der Arbeiter-Bildungsverein zu Lübeck veranstaltet am kommenden Donnerstag, dem 22. Mai, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 4, einen Vortragabend. Genosse Theodor Schwarz, bekanntlich einer der besten Kenner unserer süßigen Verhältnisse, wird Episoden aus der süßigen Vergangenheit vortragen. Die Mitglieder und deren Angehörige sind freundlichst eingeladen. Ein Kammermusikabend mit Erika Besserer (Geige), Alfred Labusch (Klaviere), Bertha Dehn (Sopran), Dora Gienzen (Sopran) und Karl Moth (Trompete), die letzteren drei aus Hamburg, findet am Montag, dem 2. Juni, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, statt. Karten à 1 Mk. einschließlich Programm gelangen in den nächsten Tagen an den bekannten Stellen zur Ausgabe.

### Neueste Nachrichten.

**Aus dem besetzten Gebiet.**  
Frankfurt a. M., 19. Mai. (Tel.-Annon.) Die Franzosen schließen jetzt die Fabriken und lassen die Arbeiter in das gestörte Gebiet, um den Wiederaufbau dort vorzunehmen. Zuerst hat man dazu nur Arbeitslose verwendet. Nun sind auch verschiedene Schiffbauern geschlossen worden, obwohl noch Rohstoffe vorhanden waren. Als 17-22-jährigen Arbeiter wurden interniert und in Submittage in einem Transport ins besetzte Gebiet zusammengeführt. Ein Abschied von ihren Angehörigen wurde ihnen nicht gestattet.  
Der englische Besatzungscommandant in Köln hat alle Produktionsgebühren gegen den Friedensvertrag verboten, auch die bereits geschmiedeten Verammlungen dürfen nicht stattfinden. Das Verbot wird mit der sehr scharfen Stellungnahme gegen den Friedensvertrag in schon abgehaltenen Versammlungen begründet.

**Unterdrückung der Wahrheit.**  
Paris, 19. Mai. Der Pariser Rat verbietet abermals die Veröffentlichung des Friedensvertrages in den Zeitungen und zwar, wie der „Vorwärts“ meldet, auf Wunsch von Lloyd George. Die Kammer stellte hierauf den Antrag, deutsche Zeitungen zu beschaffen und im Besessenen der Kammer auszuzeigen. Es heißt, daß der Pariser Redaktion deutsche Zeitungen überhaupt nicht mehr zugehellt werden.

**Der Inhalt des Gesamtgegenwortschlages.**  
Paris, 19. Mai. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß der deutsche Gesamtgegenwortschlag, der am 23. Mai als Denkschrift den alliierten Mitgliedern der Konferenz überreicht werden soll, die folgenden Grundzüge haben wird: Die Deutschen beharren auf den 14 Punkten Wilsons und verlangen Bolsaschaffung in den kritischen Ostgebieten. Ferner wird das Angebot eines Wirtschaftsgesetzes über die Saar-Kohlen erfolgen, aber das bereits eine Note von Seiten Deutschlands überreicht worden ist. Deutschland wird sich ferner zum Wiederaufbau der zerstörten verpflichten, wogegen es alle Erleichterungen und diejenigen Rohstoffe erhalten soll, die für die Wiederherstellung seiner Arbeit notwendig sind. Die Kontingentsziffer der deutschen Seeeres soll vorläufig höher bleiben, als im Friedensvertragsvertrag ist. Als Beweis für seine ernstlichen Abwehrgewilligen ist Deutschland bereit, die ganze Kriegsschiffe der Friedenszeit abzuliefern, verlangt dagegen aber seine Handelsflotte zurück. Bei der Nichtannahme dieses Gesamtgegenwortschlages müßte die Regierung den Gesamtunterstützung verweigern.

**Protest Indiens gegen die Vergewaltigung der Türkei.**  
Sugano, 19. Mai. Dem „Secolo“ zufolge machte der Protest der indischen Delegation gegen die Vergewaltigung der Türkei auf den Vizekanzler Cindrud. Die vom Vizekanzler Montague geleitete indische Delegation legte im Namen von 60 Millionen Mohammedanern Verwahrung gegen die Festsetzung des Reiches ein und verlangte, daß Konstantinopel, Smyrna, Armenien, Syrien, Mesopotamien und Arabien dem Kaiser verbleibe.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Sauer.  
Lübeck, 19. Mai. Druck: H. Meyer & Co.  
Gesamtliche in Lübeck.



# Gardinen u. Teppiche

Die überaus reich sortierten Bestände in diesen Abteilungen bieten für jeden Geschmack das Richtige

## Besonders preiswert

Vorlagen:

ca. 65x120

**26**<sub>50</sub>

ca. 70x150

**30**<sub>00</sub>

ca. 68x120

**34**<sub>00</sub>

Teppiche:

ca. 160x240

**114**<sub>Mk</sub>

ca. 200x300

**176**<sub>Mk</sub>

ca. 250x350

**262**<sub>Mk</sub>

## Künstler-Garnituren

in Erbstül und gewebtem Tüll.

Halbstores

mit Volants und Einsätzen.

Tischdecken

in Leinen und Zellstoff, reich besetzt.

Steppdecken

Watte- und Dämmenfüllung, mit Seiden- und Satinbezug.

## Auf Extratischen

ca. 1000 Stück Gardinenmuster und Reste.

Serie I:

**3**<sub>25</sub>

Serie II:

**4**<sub>50</sub>

Serie III:

**5**<sub>75</sub>

Serie IV:

**7**<sub>25</sub>

Serie V:

**8**<sub>25</sub>

Serie VI:

**9**<sub>50</sub>

## Wachstuch-Reste und -Streifen

Stück:

2<sub>8</sub> 5<sub>8</sub> 10<sub>8</sub> 30<sub>8</sub>  
65<sub>8</sub> 1<sub>00</sub> 1<sub>50</sub> 2<sub>50</sub>

# Rudolph Karstadt

## Kriegsgefangenen-Abnahme.

Meldung der bei der Werbezentrale und der Abnahme-Kommission Vorgemerkten

am 21. Mai 1919, vormittags 9 Uhr pünktlich

Mari-Kaserne, vor dem Stabsgebäude.

Militärpapiere, polizeiliche Führungszeugnisse und etwa sonst vorhandene Zeugnisse sind mitzubringen.

Inmarschsetzung der Einzustellenden erfolgt gruppenweise an den folgenden Tagen nach Warnemünde.

## Werbezentrale Lübeck.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

**Mitgliederversammlung**  
am Dienstag, dem 20. Mai, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gewerkschaftsamt und Gewerkschaftshaus.
3. Sonstige Angelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

H. Möllers

## Berg- u. Talbahn

auf dem kleinen Exerzierplatz Fackenburg Allee.  
Geöffnet von nachmittags 3 Uhr an.

Amüsant für groß und klein.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Der Besitzer.

## Konzerthaus Fünfhausen

Dienstag, den 20. Mai:

Vornehme Ballmusik. Anfang 6 Uhr.

Jeden Sonntag: Tanztränzchen. A. W. Neumann.

## Voranzeige.

## Volks-Kino Bürgerverein,

Königstraße 25.

Eröffnung in den nächsten Tagen

Ich werde nur moderne, erstklassige Filme bringen. Zu jedem Film entsprechende gute Musik.

Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittet Erich Dietrich.



Millionen Stiefel werden täglich mit

**Nigrin**

## Arbeiterrat

Sozialdemokratische Fraktion

Freitag, den 23. Mai, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

Sitzung



## Zum Urteil im Mordprozeß Liebnacht-Luzemburg.

Dies Todesurteil, 5 Jahre, 1 Monat und 6 Wochen Zuchthaus, 3 Jahre, 10 Monate Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre, 2 Wochen Haft und zwei Freisprechungen beantragte der Vertreter der Anklage am 4. Tage des Mordprozesses gegen den Jäger Runge und Gerossen. Das am selben Tage verkündete Urteil spricht insgesamt — Jahre, 4 Monate Gefängnis, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren, 6 Wochen verhängter Strafenarrest, 2 Wochen Haft, die durch die Unteruchungshaft als verbüßt erachtet werden, und sechs Freisprechungen aus.

Dieses Urteil wird alles andere, nur keine Beruhigung in die Kreise der Arbeiterklasse tragen. Vor allem werden die, denen die Ermordeten Freund und Führer waren, sich mit dem Urteil nicht zufrieden geben. Ein Gericht hat sicher nicht die Aufgabe, den Wünschen der Massen Rechnung zu tragen. Die Wahrheit zu ergründen und danach Recht zu sprechen, ist seine Aufgabe. Dem Leiter der Verhandlungen kann man mit gutem Gewissen das Urteil aussprechen, daß er ein Mann ist, der eifrig bemüht war, unter allen Umständen Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen, peinlich bestrebt, die Objektivität zu wahren.

Mit tödlicher Sicherheit konnte festgestellt werden, daß der Jäger Runge sowohl Liebnacht wie auch Rosa Luxemburg durch Kolbenschläge niedergestreckt hat. Bei der Bemessung der Strafe war strafmildernd sein Geisteszustand, von dessen Minderwertigkeit wohl jeder überzeugt ist, der der Vernehmung des Angeklagten beigewohnt hat.

Als sicher kann auch gelten, daß Liebnacht tatsächlich im Tiergarten einen Fluchtversuch unternommen hat. Zeugen waren zwar nicht anwesend, da alle, die dem Vorgang beigewohnt haben, auf der Anklagebank saßen, aber die Aussagen der Angeklagten stimmen vollkommen mit den Gutachten der medizinischen Sachverständigen und der für Schießwaffen überein, jedoch man annehmen darf, daß Liebnacht versuchte, nach links zu entweichen. Pflicht der Begleiter war, unter allen Umständen die Flucht zu verhindern, wollten sie sich nicht strafbar machen. Es ist nun die Frage, ob den Offizieren kein anderes Mittel als gerade die Schusswaffen zur Verfügung standen, die sie wiederum nur in gutem Glauben, nach ihrer Vorschrift zu handeln, gebrauchten. Liebnacht war nach den Aussagen der Angeklagten stark durch den Kolbenschlag des Runge geschwächt, es mußte also für sechs junge und kräftige Offiziere eine Leichtigkeit sein, ihn zu greifen. Künftig diesen Versuch zu machen, haben sie sofort nach den Waffen gegriffen und geschossen. Die Behauptung des Vertreters der Anklage, daß die Angeklagten den günstigen Moment ausnützten, um einen gefährlichen politischen Gegner zu beseitigen, ist demnach nicht von der Hand zu weisen. Selbst die Tatsache, daß der Führer des Transporthes, der Kapitänleutnant v. Pflug-Hartung, alles getan hat, um das Leben seines Gefangenen zu schützen, rechtfertigt ebenfalls den Freispruch, wie die schönen und sicher ehrlich gemeinten Worte des Angeklagten über den Charakter des Toten. Hätten die angeklagten Offiziere wohl ebenso gehandelt, wenn sie auf Geheiß der Regierung z. B. den Herrn von Trepitz zu transportieren gehabt hätten? Sicherlich nicht!

Wiel verwickelter liegt die Sache in dem Fall Luxemburg. Die Anklage behauptet, daß der Oberleutnant Vogel Frau Luxemburg erschossen habe. Die Zeugen Grandke, Poppe und Weber sagten dies ohne zu schwanken und trotz Vorhaltungen auf das bestimmteste und unter ihrem Eid aus. Die Beseitigung der Leiche der Ermordeten spricht stark für die Schuld des Vogel. Kein Mensch würde es verstehen, weshalb er, wenn er unschuldig ist, nicht die Leiche zur Unfallstation brachte, wie es der Führer des Liebnachttransportes tat, sondern sie ins Wasser warf. Gegenüber diesem außerordentlich belastenden Material müssen die gegenteiligen Aussagen der Zeugen Janschow und Hall sehr zweifelhaft erscheinen, zumal sie sich im Verlaufe des Verfahrens von Belastungs- in Entlastungszeugen umgewandelt haben. Ein energisches Verhör hätte sehr wahrscheinlich noch andere Aus-

sagen gezeitigt. Im übrigen hat es sich herausgestellt, daß Janschow bereit war, gegen eine entsprechende Belohnung — man sprach von 100 000 Mark — anders auszusagen, als er es in der Hauptverhandlung tat. Es kann also ohne Bedenken ausgesprochen werden, daß die Aussagen der Entlastungszeugen im Falle Luxemburg sehr zweifelhaft waren. Auf der anderen Seite ist es aber auch nicht gelungen, den Vogel des Mordes oder Totschlages zu überführen. Da man die Leiche der Frau Luxemburg nicht gefunden hat, konnte nicht festgestellt werden, ob die Kolbenschläge oder der Schuß ihrem Leben ein Ende gemacht haben. Man kann daher ebenso gut annehmen, daß sie schon tot war, als sie in das Auto gelegt wurde — dann ist Vogel ohne weiteres unschuldig — wie man annehmen kann, daß sie erst nach dem Schuß starb. Für die erste Annahme hat die Beweishebung keinerlei Anhaltspunkte gegeben, für die zweite sprechen die Aussagen von drei Zeugen. Zwei Zeugen saßen im Auto neben der Ermordeten, sie haben im Augenblick des Schusses ein starkes Zucken im Körper der Toten verspürt, welches der dritte Zeuge gesehen haben will.

Während der Vernehmung war im Fall Liebnacht immer wieder von einem Unbekannten die Rede. Zwei Zeugen, der Angeklagte und die Verteidigung behaupten, daß er den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat. Oberleutnant Vogel sagte einmal: Ich war es nicht! Über den Täter verweigere ich die Auskunft. Oberleutnant Vogel weiß also, wer den Schuß abgab. Daß der Täter nicht nennt, ist verdächtig, ebenso verdächtig erscheint uns seine Behauptung, er habe die bekannten Angaben vor dem Raub der Leiche und über den, der die Kolbenschläge führte, nur gemacht, um die Division nicht zu kompromittieren und die Regierung zu schaden. Zu dem Belastungsmaterial paßt ganz das Verhalten des Angeklagten vor Gericht. Der Blick war stets zu Boden gerichtet. Nicht eine Miene verzog sich im Gesicht, in diesem rechten Auge all die Tage unbeweglich das Monokel saß. Alles in allem erscheint Oberleutnant Vogel außerordentlich schwer belastet, jeder im Gerichtssaal hat wohl das Gefühl gehabt, daß er einen großen Teil Schuld am Tode der Frau Luxemburg hat, und viele werden dem Vertreter der Anklage zugestimmt haben, als er wegen versuchten Mordes eine Zuchthausstrafe beantragte.

Im Interesse des inneren Friedens, im Interesse des Ansehens der Justiz ist dringend zu wünschen, daß recht bald gelingt, was in diesem Prozesse nicht gelang, Licht in das Dunkel zu bringen, in das der Fall Luxemburg noch heute eingehüllt ist.

Die „Freiheit“ bringt es fertig, das Urteil im Liebnacht-Prozeß mit den Friedensverhandlungen in Beziehung zu setzen und schreibt dabei: „Wie wird dieses Urteil auf den Verlauf der Friedensverhandlungen wirken. Das Proletariat in den Entente-Ländern wird mit Entsetzen sehen, daß der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebnacht ungepönt bleiben soll, jener beiden, die nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, die der Arbeiterklasse der ganzen Welt angehört haben. Die Bourgeoisie der Alliierten aber wird behaupten können, daß der deutsche Militarismus frecher als je sich gebürdet und daß damit dem deutschen Volke die härtesten Bedingungen auferlegt werden müssen.“

Es verdient festgesetzt zu werden, daß noch nie eine deutsche Zeitung den Gegnern schamlosere Argumente nahegelegt hat, als die „Freiheit“. Sie liefert der Bourgeoisie der Alliierten Waffen gegen das eigene Volk. Dazu Waffen, deren lügenhafter Charakter ihr aufs genaueste bekannt ist und alles, um innerpolitisch ihr Geschäft zu machen. Die Regierung hat dem Liebnacht-Prozeß seinen vollen geschmähtigen Lauf gelassen, ohne auch nur im geringsten für oder wider Stellung zu nehmen. Ihr liegt nur die verfassungsmäßige Aufgabe ob, das gesprochene Urteil zu bestätigen oder nicht zu bestätigen.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, haben die Niederlande für ungefähr 8 Millionen Mark Kleidungsstücke gekauft, die aus der niederländischen Reichsbedarfsstelle stammen, an deutsche Städte verkauft.

„Die Freiheit“ bringt es fertig, das Urteil im Liebnacht-Prozeß mit den Friedensverhandlungen in Beziehung zu setzen und schreibt dabei: „Wie wird dieses Urteil auf den Verlauf der Friedensverhandlungen wirken. Das Proletariat in den Entente-Ländern wird mit Entsetzen sehen, daß der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebnacht ungepönt bleiben soll, jener beiden, die nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, die der Arbeiterklasse der ganzen Welt angehört haben. Die Bourgeoisie der Alliierten aber wird behaupten können, daß der deutsche Militarismus frecher als je sich gebürdet und daß damit dem deutschen Volke die härtesten Bedingungen auferlegt werden müssen.“

Es verdient festgesetzt zu werden, daß noch nie eine deutsche Zeitung den Gegnern schamlosere Argumente nahegelegt hat, als die „Freiheit“. Sie liefert der Bourgeoisie der Alliierten Waffen gegen das eigene Volk. Dazu Waffen, deren lügenhafter Charakter ihr aufs genaueste bekannt ist und alles, um innerpolitisch ihr Geschäft zu machen. Die Regierung hat dem Liebnacht-Prozeß seinen vollen geschmähtigen Lauf gelassen, ohne auch nur im geringsten für oder wider Stellung zu nehmen. Ihr liegt nur die verfassungsmäßige Aufgabe ob, das gesprochene Urteil zu bestätigen oder nicht zu bestätigen.

## Wirtschaftliches.

### Risikofür Deutschland.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, haben die Niederlande für ungefähr 8 Millionen Mark Kleidungsstücke gekauft, die aus der niederländischen Reichsbedarfsstelle stammen, an deutsche Städte verkauft.

Lebertran für Unterernährte und Siehe.  
Von Norwegen werden 400 000 Kilo Medijinallebertran nach Deutschland eingeführt, die zum Preise von 8,50 Mark für das Pfund als Sonderzuteilung an unterernährte Kinder und kranke Frauen und Männer, Fürsorgestellen, Heilstätten für Kinder, Krankenhäuser, Kliniken, Lungenheilstätten und Siechen- und Altersheime abgegeben werden. Für diese Sonderzuteilung ist die Bestimmung der Abgabe von Lebertran nur gegen ärztliche Verordnung aufzuheben.

Ein Lieferungsverkommen für Kohle  
ist zwischen Deutschland und der Schweiz zustande gekommen. Deutschland liefert monatlich 30 000 Tonnen Kohle, 20 000 Tonnen Koks und 12 000 Tonnen Braunkohlenbriketts.

## Verflawung der Elß-Lothringer.

Aus Kreisen der Alt-Elß-Lothringer wird uns geschrieben: Die Ungeheuerlichkeiten des Friedensvertrages treten immer klarer zutage. Die Bedingung des deutschen Volkes geschieht nicht nur auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch persönlich werden Elß-Lothringen angelegt. Dem Alt-Elß-Lothringern verweigert Frankreich nicht nur das Optimisrecht, sondern es verlangt sogar vom Deutschen Reich, daß es die alt-Elß-Lothringische Bevölkerung nicht als Deutsche weiterhin betrachten darf. Von dem oft gepriesenen Selbstbestimmungsrecht keine Spur. Die Stelle im Friedensvertrag lautet folgendermaßen:

V. Abschnitt Elß-Lothz. Anhang S 1.  
Mit dem 11. November 1918 werden ohne weiteres in die französische Staatsangehörigkeit wieder aufgenommen:  
1. Die Personen, die durch den französisch-deutschen Vertrag vom 10. Mai 1871 die französische Staatsangehörigkeit verloren und keine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben.  
2. Die ehelichen oder unehelichen Nachkommen der im Boy hergehenden genannten Personen.

Es soll durch besondere Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland Vorsorge für die Regelung der Interessen der Einwohner der im Artikel 51 erwähnten Gebiete getroffen werden... wobei wohl verstanden ist, daß Deutschland sich schon jetzt verpflichtet, anzuerkennen und anzunehmen, die im bestehenden Anhang festgestellten Regeln bezüglich der Nationalität der Einwohner oder der aus den genannten Gebieten kommenden Personen und in keinem Moment und an keinem Orte als deutsche Staatsangehörige zu behandeln diejenigen, die unter irgend einem Titel zu Franzosen erklärt sind.

Man muß sich an den Kopf fassen! Ist es denn heute noch möglich, daß über Menschen bestimmt werden kann wie in der Blütezeit des Sklavenhandels? Vom 11. November 1918 ab waren auf Grund der vorstehenden französischen Bestimmung alle Alt-Elß-Lothringer Franzosen. Jede Handlung nun, die sie im Interesse Deutschlands, sei es als Beamte oder Privatleute getan haben, ist infolgedessen Hoheits- und Landesverrat und wird nach französischem Gesetz mit dem Tode bestraft.  
So will Frankreich diejenigen Alt-Elß-Lothringer bestrafen, die sich mit Überzeugung auf den Boden der deutschen Republik stellten. Auch für den Teil des Friedensvertrages, der Tausende Deutscher dem sicheren Verderben preisgegeben will, gibt es nur eine Lösung: Unannehmbar!

## Politische Rundschau.

### Kleine politische Nachrichten.

Heute beginnt in Berlin der Prozeß gegen Ledebur und Dümig. Unter den Geschworenen befindet sich kein einziger Arbeiter.

Zum Regierungspräsidenten in Siegen ist der sozialdemokratische Redakteur Abgeordneter Lauthmann ernannt worden.

Der Berliner Bezirksvorstand der S. P. D. fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß das Urteil des Kriegsgerichts nicht bestätigt wird und schließlich eine Forderung der bestehenden Gejege dahin herbeizuführen, daß die Wiederholung des Prozesses vor dem zuständigen bürgerlichen Gericht stattfindet.

## Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fr. Kugel-Maing.

8. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
Trohaldem beschloß sie nach Beendigung einer jeden Tour die zehrende Sehnacht, daß Paul sie zum nächsten Tage holen würde. Bergeliches Hoffen! Der ehemalige Soldat schwante sämtliche Mädchen, die von Tiefenborn mitgenommen waren, der Reihe nach im Tanz herum — nur sie allein beachtete er nicht, ja er vermied es sogar augenscheinlich, während der Tanzpausen in die Nähe ihres Tisches zu kommen. Die Lampen waren bereits angezündet und die Stunde rückte immer näher heran, in welcher die Heimfahrt nach Tiefenborn angetreten werden sollte. Hier und da sah man schon einige der Tiefenborner Gäste sich von ihren Bekannten verabschieden. Wenn Paul jetzt nicht kam und sie zu dem eben beginnenden Walzer abholte, dann — das beschloß sie — würde sie ihn nie mehr wieder eines Blickes noch eines Wortes würdigen. Die unerhörte Beleidigung mußte sie es anfehen, daß der Burche mit allen anderen Tiefenborner Mädchen, mit einzelnen sogar mehrere Male getanzt und nur sie während des ganzen Nachmittags und Abends gemieden hatte.

Und Paul kam nicht! Dorthin blieb ruhig am Tische sitzen und lehnte mehrere Aufforderungen zum Tanzen mit der Begründung ab, daß sie sich vor der Heimfahrt in der Abendluft abkühlen müsse. Mit erzwungener Freundlichkeit verabschiedete sie sich dann von ihren Verwandten und nahm wieder, wie bei der Heimfahrt, auf dem zweiten Wagen Platz, gefolgt von Franz Schwind, der ihr wie ihr Schatten nicht von der Seite wich. Unter Lufthaften und dem lauten Jubel der Pfaffenhofener Burden verließen dann die Wagen in die herrliche Maiennacht hinein.

Überall Duft und Blüten, vom milden Schimmer des Mondes umflossen, vom schmeichelnden Lenzeshauch umflost, aus dessen Wehen es wie jubelnde Luft über die paradiesische Pracht rings umher erklang. „Liebet euch!“ Hüterten die Frühlingsstimmen den jungen Menschenherzen zu; sie tönten aus dem fröhlichen Gemurmel des im Mondlicht glitzernden Baches, aus dem Kläuschen des leuchtenden Waldes und dem schmeichelnden Schlag der Nachtigall. Das uralte hohe Lied des Lenzes von Liebe und Lust — es wurde von den Heimkehrenden verstanden. Immer mehr verstimmen die lauten Scherze und Neckereien unter dem Zauber der Frühlingsnacht; in flüsternden Gesprächen lehnten die Köpfe der Paare gegeneinander. Die Hände fanden sich zu zärtlichem Drück und in stiller Sehnacht senkten sich die Blicke in einander. Nur auf zwei jungendlichen Angesichtern lagerten die Schatten des Mißmutes. Sowohl Paul Höfer wie Dorthen Lamprecht hatten, nicht achtend der sie umgebenden Frühlingspracht, in Ge-

danken verloren vor sich hin, ohne sich von den Gefährten ermuntern zu lassen — hatten doch beider Herzen heute eine lang gedehnte Hoffnung zu Grabe getragen. Wie zur Bestätigung dessen klang eben von dem Dorfe her, als die Wagen die Höhe des Bergzuges erreicht hatten, als letzter Gruß der Pfaffenhofener Freunde in langgezogenen Trompetentönen die Melodie:  
Behüt dich Gott, es wär so schön gemein,  
Behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein!

### Heiratspläne.

Dem sonnigen Mai waren trübe Tage im Juni gefolgt. Unaufhörlich wehte der Wind von Westen und wälzte eine endlose Folge von grauen Wolkenbänken heran, die sich bald in heftigem Platzregen, bald in tagelang dauerndem Niesel- und Regenschauer über den Taunus entluden. Mit immer besorgteren Mienen hatten die Landleute des Morgens nach dem Himmel geschaut, in stiller Hoffnung, daß das Wetter endlich aufhelle, damit die Sonnenstrahlen das niedergeregnete Getreide wieder aufzutreten. Lange genug wurde ihre Geduld auf die Probe gestellt, denn erst gegen Ende des Monats blies der Wind wieder vom Feldberg herüber und jenseitige Hügel ließ einen günstigen Ausfall der Ernte erhoffen. Und diese Hoffnung trat nicht ein. Unter dem Einfluß der Feuchtigkeit war das Heu so gut wie in keinem der vorhergehenden Jahre geraten! Die Obstbäume zeigten reichlicheren Anlauf wie je und schwer neigten sich die Halme des Kornes und des Weizens unter der Last der Reben. Kein Wunder, daß man deshalb im Dorfe allenthalben fröhliche Gesichter gewahrte und daß Lachen und munterer Gesang von den Wiesengründen erklang, wo Schnitter und Schmitzerinnen damit beschäftigt waren, das duftende Heu auf die bereitstehenden Leitwagen zu laden.

In der sogenannten Buchenbach, einer von herrlichem Buchenwald umrandeten Wiese, durch deren Mitte ein silbernes Bächlein floß, war auch Paul Höfer mit einem Knechte und drei Mädchen beschäftigt, das ausgebreitete, vollständig getrocknete Heu zusammenzutreten, um dasselbe noch heute unter Dach und Fach zu schaffen. Auf dem nach dem Dorfe hinführenden Feldwege wurde eben der mit zwei kräftigen Braunen bespannte Leitwagen sichtbar, der den reichen Segen befördern sollte, und, einen Augenblick mit der Arbeit innehaltend, sahen die beiden Männer dem Gesahrt entgegen.

„E Stackschiff des Joh! So schön habe wirs, so lang mirs denkt, nit gehabt,“ meinte der alte Knecht Nikolaus, indem er mit einer der hart gearbeiteten Hände in den nächsten Haufen griff und die langen Halme durch seine Finger gleiten ließ.  
„Do kann der Wairer e gehörig Portion dewun verkaufe, wenn wir von der annern Wiese alles gut hereintrüge an wenn des Grummet nur e flac bißche gut ausfällt.“ Dabei fröh der Alte

mit der Rechten über das mit grauen Bartstoppeln bedeckte Kinn und betrachtete wohlgefällig lächelnd die bereits geschichteten Heuhaufen.

Der Nikolaus war noch einer vom alten Schlag. Schon bei dem Großvater Pauls hatte er als Knecht gedient und wurde wegen seiner Anhänglichkeit und bewährten Treue von jeder Hoferschen Generation wie ein Familienmitglied betrachtet und behandelt. Er kannte aber auch keinen anderen Lebenszweck, als das Interesse seiner Herrschaft zu wahren und zu fördern. Ihre Freude war seine Freude, ihr Leid sein Leid; für die Hofers hatte er, wenn es hätte sein müssen, das Leben geopfert. Kein Wunder, daß infolgedessen der getreue sowohl bei dem Großvater wie bei dem Vater Pauls mehr die Stelle eines guten Freundes, als eines dienstbaren Geistes einnahm, den man auch bei intimen Familienverhältnissen zu Rate zog. Selbst die Liebe hatte es bei diesem Zusammenhalten von Herr und Knecht nicht vermocht, die sie verknüpfende Bande zu trennen. Als Nikolaus in jungen Jahren auf die Freieret ging, da machte sein damaliger Herr, Pauls Großvater, selbst den Brautwerber für ihn und nahm die junge Frau ebenfalls in seine Dienste, und als der getreue Knecht nach kurzem Eheglück sein vom Rindstiefelber dahingerafftes Weib nebst dem Neugeborenen in die Grube legte, da war es wieder sein Herr, welcher dem Verzweifelten Trost zusprach und ihn innerlich wieder aufrichtete.

Während der von einem jungen Knecht geleitete Wagen jetzt in die Wiesen hineinfuhr und in der Nähe der beiden Männer mendete, ließen sich scheltende Weiberstimmen vernehmen. Die drei Mägde, welche am unteren Rande der Wiese das Heu zusammenreichten, waren dem Ansehen nach in Streit geraten, denn unter heftigen Gestikulationen sprachen sie auf einander ein. Mit raschen Schritten näherte sich Paul den Mädchen, um Frieden zu stiften, während der alte Nikolaus ärgerlich zu dem eben gekommenen Knechte sagte:

„Es des e Kreis mit dene jadermanne Weibsel! Ruh könne so faa halle! No mach voran, Peter, daß wir des Hei uff de Wage kriegen.“

„Als Paul die Streitenden erreicht hatte und eben beginnen wollte zum Frieden zu mahnen, schrie ihm die eine der Mägde, ein verbes, blondes Ding mit zornrotem Gesicht entgegen:

„An ich los mir des nit mehr gefalle von der Bäber! Ich tu mei Arbeit wie ich will und losse mich nit kommandieren, wie en Refrat!“, während die zweite Dirne, die sich ebenfalls in höchster Erregung befand, mit dem Finger auf die genannte Bäber! zeigte und ausrief:

„Des all Schimmas waas gar nit, we se am lufoniere-foh! Die stellt sich, als wär sie die Herrin im Haus.“

Fortsetzung folgt.



